



2014/36 Dossier

<https://jungle.world/artikel/2014/36/im-jahr-eins-nach-ghouta>

Eine Kritik der westlichen Politik in Syrien und im Irak

Im Jahr eins nach Ghouta

Von **bündnis syrian freedom**

Syrien, Irak und die Folgen der westlichen Nichtinterventionspolitik.

Vielleicht hatte der eine oder die andere ein Déjà-vu-Erlebnis: Tausende von Kurden, die vor ihren Feinden in die Berge fliehen mussten und denen dort, abgeschnitten von Trinkwasser und Nahrung, ein qualvoller Tod droht – diesmal nicht durch die Truppen Saddam Husseins wie im Jahre 1991, sondern durch Einheiten des jihadistischen »Islamischen Staates« (IS). Diese eroberten Anfang August Sinjar, ein Gebiet nördlich der irakischen Stadt Mosul, das hauptsächlich von Yesiden besiedelt wird – Kurden, die einer zoroastrischen Glaubensrichtung anhängen und deshalb unter Islamisten als Ungläubige gelten, die zur Konversion zum Islam gezwungen oder hingerichtet werden müssen. Während sich auf dem Sinjar-Höhenzug die Flüchtlinge drängten, patrouillierten an seinem Fuße die Jihadisten, die damit drohten, jeden Yesiden, der ihnen in die Hände fällt, umgehend umzubringen. Im Sommer unterschreiten die Temperaturen in dieser Region tagsüber selten 40 Grad.

Die kurdische Regionalregierung in Erbil rief den Westen wiederholt dazu auf, ihr moderne Waffen zur Verfügung zu stellen und die Stellungen des IS zu bombardieren. Ein Hilferuf, der einem nur allzu bekannt vorkommt, richten ihn doch Einheiten der Freien Syrischen Armee, die seit Jahren sowohl gegen das Assad-Regime als auch die Terrorbanden des syrischen Zweigs des IS kämpfen, mit ermüdender Regelmäßigkeit an die USA und Europa.

Inzwischen wird in Deutschland eine gespenstische Debatte über die zaghafte Zusage militärischer Unterstützung der irakischen Kurden gegen den IS geführt. Befürworter und Gegner sind sich einig darin, dass die Waffenlieferungen eine Zäsur darstellten, habe sich die Bundesrepublik doch bisher aller Militärexporte in Krisengebiete enthalten. Nichts ist absurder als diese Behauptung. Deutschland ist inzwischen weltweit drittgrößter Waffenexporteur; allein der Hamas-Unterstützer Katar erhält Waffen für weit über eine halbe Milliarde Euro. In den achtziger Jahren war die Bundesrepublik das Land, das an vorderster Stelle geholfen hatte, jene irakische Chemiewaffen zu entwickeln, mit denen Saddam Hussein dann die eigene kurdische Bevölkerung bombardieren ließ. 25 Jahre nach dem Chemiewaffenangriff auf die kurdische Stadt Halabja rang sich der Bundestag im März 2013 endlich dazu durch, in einer Aktuellen Stunde des Verbrechens zu gedenken und ein paar der nur allzu bekannten »Nie Wieder«-Reden halten zu lassen – aber nicht, wie von kurdischer Seite seit Jahren gefordert, endlich die deutsche Mitschuld einzugestehen.

Fünf Monate später setzte Bashar al-Assad Sarin, das auch in Halabja zum Einsatz kam,

großflächig in Vororten von Ghouta ein. Gas, das anscheinend abermals mit deutscher Hilfe produziert worden ist. Syrien hat offenbar Bauteile und Chemikalien deutscher Firmen für die Giftgasproduktion verwendet. Nach Informationen des NDR und der Süddeutschen Zeitung hat die Bundesregierung von internationalen Kontrolleuren eine Liste einzelner Lieferungen erhalten. Diese wird jetzt vom Generalbundesanwalt geprüft. Die Liste wurde von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zur Verfügung gestellt. Mehr als 50 Lieferungen gingen 1982 bis 1993 aus der Bundesrepublik nach Syrien und wurden dort offenbar für die Herstellung von Giftgas genutzt.

Während die Kurden auf den Sinjar-Bergen verzweifelt auf Hilfe warteten, gedachten in den Vororten von Damaskus die Überlebenden kürzlich des ersten Jahrestags der Giftgasangriffe – unterdessen meldeten Aktivisten eine weitere Attacke auf Jobar nahe Damaskus. Auch die Einwohner von Ghouta sind umzingelt und werden gezielt ausgehungert, von der syrischen Armee und den mit ihr verbündeten Hizbollah-Milizen, denn Ghouta gehört zu jenen befreiten Gebieten in Syrien, in denen weder die Assad-Diktatur noch der IS Kontrolle ausüben. Befreit von Saddam Hussein haben sich die irakischen Kurden schon 1991, in der Folge jener militärischen Intervention, gegen die vor allem die Deutschen von links bis rechts so empört demonstrierten wie später nur gegen den endgültigen Sturz des irakischen Diktators.

Vor gut 50 Jahren schrieb eine Gruppe französischer Linksradikaler über die Logik des Kalten Kriegs: »Die zur Zeit augenscheinlichste wesentliche Grundlage der aktuellen Weltpolitik – das Gleichgewicht des Schreckens – ist auch das Gleichgewicht der Resignation«, das Zurückweichen vor jedem Versuch einer wirklichen emanzipatorischen gesellschaftlichen Veränderung.

Scheinbar wiederholt sich diese Logik heute in Syrien und mittlerweile auch im Irak. Und trotzdem hinkt der Vergleich mit dem Kalten Krieg, denn weder in den westlichen Hauptstädten noch in Damaskus oder Teheran wird heute eine der Forderungen der Französischen Revolution – Freiheit und Gleichheit – vertreten, die im Kalten Krieg von den beiden Blöcken gegeneinander beansprucht wurden. Stattdessen haben sich die powers that be in den vergangenen drei Jahren faktisch darauf geeinigt, dass trotz mittlerweile annähernd 200 000 Toten der Diktator Assad für Syrien das kleinere Übel bedeute. Argumentativ stützt man sich dabei auf Behauptungen, die direkt vom syrischen Regime stammen könnten – wie die, Assad stehe für die Verteidigung des Säkularismus gegen islamistische Banden.

Von einem Krieg national-syrischer Verbände gegen eine homogene sunnitisch-islamistische Front kann aber keine Rede sein. Den schlecht ausgerüsteten Kräften gegen Assad jenseits vom IS steht längst eine von den iranischen Revolutionsgarden ausgebildete multinationale Armee schiitischer Jihadisten aus dem Iran, Irak, Libanon und zahlreichen anderen Ländern gegenüber – eine Internationale des islamistischen religiösen Faschismus. Dass dem irakischen Regierungschef Nuri al-Maliki trotz massiver Unterstützung durch das iranische Regime und trotz des Schweigens seitens der US-amerikanischen Regierung kaum ähnliche Sympathien wie Assad zuteil wurden, liegt wohl weniger an humanistischen Vorbehalten als an Malikis Unfähigkeit, seine Herrschaft im Irak zu stabilisieren.

Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine Konfessionalisierung des Aufstandes in Syrien stattgefunden hat, aber es sollten nicht Ursache und Wirkung verwechselt werden. Zum einen ist das Assad-Regime der Hauptverantwortliche für die Transformation des Konflikts in eine ethnoreligiöse Auseinandersetzung. Zum anderen sind diese Hinweise im Jahr 2014 wohlfeil, wird den nicht islamistischen Syrern doch bis heute jede substantielle Hilfe vorenthalten. Assad ist kein Breschnew oder Honecker, auch wenn die Elogen des Poststalinismus ihn in

dieses Licht rücken. Das ba'athistische Regime in Syrien ist in Wirklichkeit der wichtigste Bündnispartner der Islamischen Republik Iran – insofern drängt sich ein anderer Vergleich als der mit dem Kalten Krieg auf: der mit der westlichen Politik des Appeasement gegenüber Nazismus und Faschismus, der Äquidistanz und der Nichteinmischung der dreißiger Jahre, die de facto immer eine Einmischung zugunsten der Faschisten war.

Der Krieg, der ohne russische Waffen, vor allem aber ohne die iranische Unterstützung längst mit dem Sturz Assads geendet hätte, verdankt seine Grausamkeit nicht den von den Verschwörungstheoretikern üblicherweise vorgebrachten Gründen. Hier wird kein »Blut für Öl« vergossen. Im Gegenteil: Ginge es um politökonomische Konkurrenz, ein Kompromiss ließe sich finden und Assad wäre eine austauschbare Figur. Für das iranische Regime zählt aber in Syrien nicht der materielle Gewinn – es dürfen vielmehr keine Kosten gescheut werden, um den Verbündeten als überlebenswichtiges Mitglied der Achse des Terrors gegen Israel zu unterstützen. Mullah Mehdi Taeb, ein Vertrauter des iranischen religiösen Führers Khamenei, hat es 2013 unmissverständlich ausgesprochen: Wenn die Islamische Republik Syrien verliere, könne sie Teheran nicht halten. Klarer kann man nicht formulieren, dass die Legitimität der Großmeister des Islamismus in keiner Weise mit den Erfolgsmaßstäben konventioneller säkularer Autokraten zu messen ist, sondern ausschließlich auf der Verbreitung von antizivilisatorischem Ressentiment, globalem antisemitischen und religiösen Gemeinschaftsterror beruht.

Im Widerspruch zu allen wahnwitzigen Versuchen, aus der Islamischen Republik einen Partner gegen al-Qaida und IS zu machen, ordnen sich seit 1979 die Kräfte der schlimmsten islamistischen Barbarei letztlich immer wieder im ideologischen Umfeld des iranischen Regimes an. Es gibt glaubwürdige Hinweise darauf, dass Assad den IS bei Bedarf gegen seine wirklichen Gegner gewähren lässt oder gar unterstützt. Im Terror gegen die Opposition gegen Assad steht der IS den Schergen des syrischen Ba'athismus in nichts nach. Anfang des Jahres verübten Islamisten einen Mordanschlag auf den Medienaktivisten Raed Fares aus dem Ort Kafranbel. Bereits vor zwei Jahren war absehbar, dass die westliche Entscheidung, Syrien sich selbst zu überlassen und den Weg für das Assad-Regime, IS und den Iran in ihrem Kampf gegen die nationale syrische Opposition freizumachen, Konsequenzen für die gesamte Region haben würde. Spätestens mit dem Sturm der sunnitischen Gotteskrieger auf den Norden und Westen des Irak sollte dies evident geworden sein. Die militärische Offensive im Irak wurde im syrischen Raqqa geplant. Seit mehr als eineinhalb Jahren konnte der IS unbehelligt vom syrischen Regime dort seine Herrschaft festigen, seine Kämpfer ausbilden und Kampferfahrungen in den Auseinandersetzungen mit den demokratischen Rebellen und rivalisierenden Islamisten sammeln. Man sollte den IS jedoch auch nicht überschätzen und seiner Propaganda aufsitzen. In Syrien schaffte es die Terrortruppe meist in kurzer Zeit, die lokale Bevölkerung gegen sich aufzubringen, und wo der IS nicht vertrieben wurde, regiert der »Kalifatstaat« alleine mit Terror. Dennoch sind die Konsequenzen für Syrien fatal. Mit dem erbeuteten Kriegsgerät aus dem Irak, das nicht ohne Grund umgehend nach Syrien überführt wurde, wird IS dort die Offensive gegen die demokratischen Rebellengruppen fortsetzen können. So steht auch deshalb Aleppo kurz vor dem Fall: Entweder wird es von den Rackets des IS oder vom Regime eingenommen. Dies wäre der bisher schwerste Schlag gegen die demokratische Opposition.

Man könnte angesichts dieser Situation denken, dass der Westen allmählich einsieht, welches der Preis für die Inaktivität ist, und dass diese möglicherweise zur Folge hat, dass man später zu einer noch größeren Intervention gezwungen ist. Doch bis heute herrscht der Wille vor, der Auseinandersetzung mit den Islamisten aus dem Weg zu gehen. Die Lehre lautet, dass den

Folgen des Appeasement mit noch mehr Appeasement begegnet werden müsse. Den Preis für die unterlassene Unterstützung der verbliebenen nicht islamistischen Kräfte in ihrem Kampf gegen Assad und die Islamisten (wenn man schon nicht selbst zum Eingreifen bereit ist) werden nicht nur die Syrer und Iraker zahlen. Viele Kommentatoren haben anlässlich der jüngsten Auseinandersetzung um Gaza angemerkt, dass jenseits der militärischen Machtverhältnisse das politische Mobilisierungspotential für Islamismus und Antisemitismus mittlerweile in Berlin, Paris und London größer sei als auf der mythischen »arabischen Straße«.

In europäischen Städten formiert sich ein Bündnis von Islamisten, Linksreaktionären und Neonazis, das die zivilisatorischen Restposten in den westlichen Gesellschaften bedroht. Auch im Milieu rechter sogenannter Islamkritiker findet man starke Stimmen für Assad und Khamenei - am anschaulichsten beim französischen Front National, dessen Vorsitzende Marine Le Pen in einer außenpolitischen Grundsatzerklärung zur Unterstützung des iranischen Regimes aufrief. In Deutschland ist es vor allem die Linkspartei, die nicht erst seit ihrer Bootstour mit islamistischen Terroristen auf der Mavi Marmara ihr Herz für jegliche Form totalitärer Herrschaft im Nahen Osten entdeckt hat. Sie alle eint das Ressentiment gegen die Emanzipation. Marxens Begeisterung für die »revolutionäre Rolle« der Bourgeoisie, die auf der Grundlage des »nackten Interesses« die »buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen« habe, löst heute im Westen nur noch Unverständnis aus. Wer möchte schon Respektlosigkeit gegenüber Tradition und Kultur verteidigen, noch dazu im Namen des schnöden Egoismus. Die revolutionäre Bedeutung der Bourgeoisie hat nicht der reale Sozialismus beendet, sondern der nationale, der von den Nazis ins Werk gesetzte antisemitische Massenmord im Namen des Kampfs gegen materialistische Selbstsucht und für den interesselosen Idealismus.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurde der Orient endgültig zum Gegenstand wahnhafter Projektionen. Die antiimperialistische Ideologie verschwand nicht mit dem Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers«. Sie wurde vielmehr zur überparteilichen Vulgärweisheit des globalen Ressentiments. Israel soll nicht nur die westliche Politik kontrollieren, sondern je nach Gusto auch Assad oder IS unterstützen. Je weniger es im Westen gelingt, universelle emanzipatorische Ziele zu formulieren, desto größer wird vor allem in Europa das obsessive Ressentiment gegen Israel. Allein die Sturheit, mit der Medien und Politiker den Terminus »Nahost-Konflikt« für die im Vergleich mit den Gemetzeln in Syrien und Irak marginale Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und Israelis reservieren, spricht Bände.

Ausgerechnet in der Region, in deren Namen die Kulturrelativisten und Israel-Kritiker vermeintlich sprechen, funktioniert der Israel-Hass jedoch nicht mehr unhinterfragt als einende Ideologie. Nachdem dort im Namen des Kampfes gegen den jüdischen Staat die unterschiedlichsten Despotien jahrzehntelang die jeweiligen Gesellschaften verwüsten konnten, stecken die beiden ideologischen Erscheinungsformen des Antizionismus in der Krise: Der Panarabismus kann schon lange keine Einheit mehr stiften und das Schisma zwischen schiitischen und sunnitischen Islamisten ist nicht mehr im gemeinsamen Kampf gegen die USA und Israel zu kitten.

Es fällt schwer, in einer Region, in der viele Gesellschaften an der Grenze zum failed state stehen oder diese überschritten haben, von politökonomischen Interessen zu sprechen. Die Gründe für die mangelnde Begeisterung für den antizionistischen Kampf außerhalb des Einflussbereichs der Islamisten sind banaler: ganz egoistischer Überdruß an dem jeglicher Entwicklung abträglichen Dauerkrieg gegen Israel, oder noch simpler: das Interesse am eigenen Überleben.

Spätestens seit iranische Oppositionelle die antiisraelischen Parolen des Regimes auf dem al-Quds-Tag in Teheran 2009 offensiv konterten, zeichnet sich im Nahen Osten ein Umdenken ab, von dem freilich noch nicht absehbar ist, wie stark seine gesellschaftliche Wirkung sein wird. Auch unter den Gegnern Assads in Syrien gibt es Menschen, die die Frage stellen, aus welchem Grund sie im Namen der »Achse des Widerstands« gegen Israel leiden müssen, ob der Antizionismus wirklich eine gute Idee ist und was eigentlich der arabische Nationalismus und der Islamismus außer Not, Dummheit, Krieg und Stillstand eingebracht haben. Eine noch kleinere Minderheit geht sogar weiter und sucht ausdrücklich die Kooperation mit Israel.

Die Stärke der Islamisten ist heute viel weniger in ihrem politisch-ideologischen Potential als in mangelnden Ressourcen und der Schwäche der Organisation und Koordination ihrer Gegner begründet. Eines ist aber sicher: Die nach 1945 über Jahrzehnte sistierte politische Ordnung des Nahen Ostens ist nicht mehr wiederherzustellen. Den letzten Versuch, diktatorisch durchgesetzte vermeintliche Stabilität gegen das Chaos auszuspielen, stellen westliche Appelle an das iranische Regime zur Kooperation gegen den IS im Irak dar. Ein Versuch, der zum Scheitern verurteilt ist: Die Islamische Republik hat seit dem Sturz Saddam Husseins die Spaltung des Irak entlang ethnisch-religiöser Grenzen betrieben. Ihr Albtraum wäre eine Zurückdrängung ihres Einflusses durch politische Bündnisse über konfessionelle Grenzen hinweg. Zu einer Modernisierung und Demokratisierung des Nahen Ostens gibt es aber keine Alternative; es fragt sich nur, in welchem Zeitraum und unter welchen Bedingungen sie erreicht werden kann.

Wer sich das Ausmaß der islamistischen Barbarei vergegenwärtigt, wird ermessen können, welche Katastrophe es wäre, wenn der Westen den Vertretern des modernen Jihadismus im Iran zusätzlich noch die Möglichkeit zur Erlangung von Atomwaffen zugestände. An Syrien und am Irak im dritten Jahr nach dem überstürzten Abzug der USA kann man in Reinform die Konsequenzen westlicher Nichtinterventionspolitik studieren, die von linken und rechten Antiamerikanern immer als Weg zum Frieden eingefordert wurde. Ihre Folgen drohen, denen des westlichen Nichteingreifens im Spanischen Bürgerkrieg vor 80 Jahren ähnlich zu werden.

Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang den ehemaligen israelischen Präsidenten Chaim Herzog mit den Worten zu zitieren, die er im September 1986 in Israel an eine Versammlung sozialistischer und zionistischer ehemaliger Spanien-Kämpfer richtete: »Heute wissen wir, dass der Zweite Weltkrieg nicht unvermeidbar war, dass der Sieg des Faschismus in Spanien für Hitler und Mussolini den Weg zur Vernichtung der Demokratie, der Freiheit und der menschlichen Würde ebnete und zum Abgrund des Zweiten Weltkrieges führte. Der faschistische Sieg und die apathische Haltung der Demokratien überzeugte die Nazis und Faschisten, dass sie in der Lage wären, im Krieg zu gewinnen; und das war genau das, was sie dazu brachte, ihn zu beginnen.«

IS und Islamische Republik, die Führer des sunnitischen »Kalifats« und die seines schiitischen Pendantes in Teheran, sind sich einig darin, die Welt in zwei Lager aufzuteilen. Die wirkliche Spaltung im Nahen Osten verläuft aber nicht so, wie es die Islamisten gerne hätten: weder zwischen Gläubigen und Ungläubigen, noch zwischen Schiiten und Sunniten und auch nicht zwischen Israel und dem restlichen Orient. Die Frontlinie verläuft vielmehr zwischen den islamistischen Pendanten des Nationalsozialismus und allen, die ein humanes Interesse – sei es an wirtschaftlichem, sei es an gesellschaftlichem Fortschritt – formulieren.

In Europa hingegen sind die durch den Kulturrelativismus des an die Muslime delegierten Antizionismus hervorgebrachten Konflikte längst ein größeres Problem für die jeweiligen Gesellschaften als für Israel. Kaum jemand glaubt noch den philanthropischen Sonntagsreden

gegen Extremismus und Antisemitismus. Es fragt sich vielmehr, ob die Europäer wenigstens ein Eigeninteresse daran entwickeln können, nicht in der Nachbarschaft atomar bewaffneter Apokalyptiker zu leben und zum nächsten Operationsziel heimkehrender Jihadisten zu werden. Der Lackmустest für die überfällige Solidarisierung mit jenen, die im Nahen Osten gegen Despotie und Islamismus kämpfen, ist ihre politische und militärische Unterstützung durch den Westen.

Die folgenden Interviews haben syrische Freunde von uns geführt. Aus Sicherheitsgründen werden weder ihre Namen noch die der Interviewpartner genannt.

»Jeder hat durch den Krieg verloren«

Interview mit einem Arzt, der am 21. August 2013 in Moaddamiye gearbeitet hat

Du hast erzählt, dass du von dem Giftgasangriff auf Moaddamiye betroffen warst.

Ja, das stimmt.

Hast du Verwandte oder Freunde durch diesen Angriff verloren?

Ja, einen ganzen Teil meiner Familie. Meine Cousine und ihren Mann sowie deren fünf Kinder.

Ebenso meinen Cousin und seine Frau, und auch neun meiner Nachbarn.

Wann hast du begriffen, dass dieser Angriff sich von anderen Angriffen unterschied? Wann war dir klar, dass dieses Mal Giftgas eingesetzt wurde?

Nach dem Abendgebet hörte ich vier ungewöhnliche Explosionen. Die schienen uns ungewöhnlich, weil sie sich nicht wie eine Mörsergranate anhörten und auch nicht wie anderer Beschuss. Wir eilten zu dem Ort einer Explosion und sahen, dass alle Personen im getroffenen Gebäude und darum herum auf dem Boden lagen und Erstickungsanzeichen zeigten. Sie hatten Krämpfe. Ihre Haut hatte sich blau verfärbt und sie hatten Schaum vorm Mund.

Was hast du dann getan?

Ich eilte zur provisorischen Klinik. Dort kamen dann die ersten Verletzten an. Allerdings nicht nur von dem Giftgasangriff, denn das Regime hat eine halbe Stunde später begonnen, mit konventionellen Waffen anzugreifen.

Hast du das Gas eingeatmet?

Ja, ich habe das Gas ungefähr 50 Meter von der Einschlagsstelle eingeatmet. Meine körperlichen Reaktionen waren stecknadelkopfgroße Pupillen, die eine verschwommene Sicht auslösten. Meine Augen fingen an zu jucken, ich begann mich am ganzen Körper zu kratzen und fühlte mich schwach.

Gab es im Krankenhaus Vorbereitungen für diese Fälle? Wart ihr in der Lage, den Patienten zu helfen, oder zumindest ihre Schmerzen zu lindern?

Zunächst gaben wir jedem ankommenden Opfer Atropin und Hydrocortison. Danach haben wir sie mit Wasser abgewaschen, bis der ganze Fußboden überschwemmt war. Das Krankenhaus befand sich in einem Keller und wir konnten das Wasser nicht abpumpen, weil wir seit über zwei Jahren keinen Strom mehr haben.

Du sagtest, dass die Zahl der Verletzten 760 betrug?

Ja.

Waren das alles Chemiewaffenopfer oder gab es darunter auch welche, die von konventionellen Waffen getroffen worden waren?

Von den ersten Toten fielen 78 dem Giftgas draußen auf der Straße zum Opfer, und drei starben später in der Klinik. 69 starben durch konventionellen Beschuss. Ich habe den Opfern geholfen, aber ich war geschwächt durch das Giftgas und die Tatsache, dass ich die gesamte Zeit in dem vergifteten Wasser gestanden habe.

Haben euch in dieser Nacht bestimmte Medikamente gefehlt?

Wir hatten nicht eine Sauerstoffflasche. Man muss bedenken, dass diese Angriffe nach einer langen Belagerung stattfanden, die zu Unterernährung und vielen Krankheiten geführt hat. Dies ist der Grund, warum selbst die kleinste Dosis Giftgas große Schäden bei den Menschen angerichtet hat.

Beeinträchtigt dich der Angriff noch?

Ja, ich habe Verbrennungen zweiten Grades im Gesicht durch das vergiftete Wasser in der Klinik.

Wie sind die psychologischen Folgen für dich?

Ich habe bis heute Panik- und Angstattacken. Außerdem leide ich seitdem unter Depressionen.

Hast du Angst, dass das Regime erneut mit Chemiewaffen angreifen könnte?

Wir haben keine Angst vor weiteren Chemiewaffenangriffen. Wir haben vielmehr Angst vor der Belagerung des Regimes, die viel mehr Opfer gekostet hat.

Was erwartest du dir vom Westen?

Ich erwarte mir vor allem, dass der Konflikt endet. Jeder hat durch den Krieg verloren. Das gesamte Land ist zerstört, die Umgangsformen sind verschwunden. Das Leben eines Menschen hat keinen Wert mehr. Deswegen muss dieser Krieg endlich aufhören.

»Internationale Organisationen helfen uns nicht«

Interview mit einem Augenzeugen der Giftgasangriffe auf Ghouta am 21. August 2013, damals zuständig für die Koordination medizinischer Hilfe in Ost-Ghouta

Haben Sie an diesem Tag enge Freunde oder Familienangehörige verloren?

Ich habe niemanden aus meiner Familie verloren, aber viele Bekannte. Rettungskräfte und Leute vom medizinischen Personal sind gestorben, vor allem in Jobar. Nicht beim ersten chemischen Angriff, sondern bei dem, der international bekannt wurde, weil er so viele Opfer gefordert hat. Ost-Ghouta ist schon vorher fünf bis sechs Mal mit Giftgas angegriffen worden. Erzählen Sie uns mehr von diesem Tag.

Die Leute hatten furchtbare Angst vor diesen Angriffen; wir mussten immer wieder Gerüchten entgegentreten. Und wir mussten uns auf weitere Angriffe vorbereiten. Also haben wir medizinische Notfallzentren aufgebaut. Wir befürchteten, dass das Regime könnte einmal eine dicht bevölkerte Gegend angreifen. Obwohl alle vorherigen Angriffe nur auf die umstrittenen Zonen erfolgten, konnten wir nicht ausschließen, dass sie auch einmal andere Gebiete ins Visier nahmen. Wir taten, was wir konnten, beispielsweise stellten wir Rettungsteams zusammen. Obwohl wir vorbereitet waren, war die Situation am 21. August chaotisch. Wir hatten zum Beispiel viele Autounfälle, weil die Leute in Panik gerieten. Und natürlich attackierte uns das Regime anschließend mit konventionellen Waffen. Das machen sie immer nach Giftgasangriffen. Also waren Sie überfordert von diesen Angriffen und den hohen Opferzahlen?

Wie ich schon sagte, Panik ist eine der häufigsten Probleme im Zusammenhang mit Giftgasangriffen. Sobald die Leute einen seltsamen Geruch in der Nase haben, glauben sie, das müsse ein Giftgasangriff sein. Aber nun ist es ja nicht so, dass das Gas unbedingt mit Geruch versehen sein muss. Das hängt ganz von den Leuten ab, die das Gas zusammenmischen. Das ist wie bei normalem Erdgas – das Gas selbst ist geruchlos.

Der Tag des Angriffs war chaotisch. Opfer mussten teilweise mehr als 20 Minuten zu den Notfallzentren gefahren werden. Wir haben schnell gemerkt, dass die Notfallzentren im Bereich der angegriffenen Gebiete überfordert waren mit der Zahl der Opfer. Also haben wir allen Zentren in Ghouta mitgeteilt, dass sie Opfer aufnehmen müssten, auch wenn das hieß, dass die Transportwege lang würden. Die überlaufenen Zentren haben wir gefragt, was sie am meisten brauchten. Die ersten Stunden waren furchtbar und haben uns einfach überfordert.

Erzählen Sie mehr darüber, was Sie getan und gesehen haben.

Ich fuhr zum Angriffsort, unmittelbar nachdem ich gehört hatte, dass dort Giftgas eingesetzt worden war. Ich habe zusammen mit Kollegen alle Kräfte und Zentren informiert. Aber jeder war überfordert, sogar die mobilen Kommunikationseinheiten. Ich habe jedes medizinische Zentrum angerufen und gefragt, was sie brauchen und was bei ihnen knapp ist. Der ganze Tag war schwierig, aber die ersten zwei Stunden, bis wir das ganze Ausmaß der Katastrophe erkannt hatten, waren die schwierigsten.

Was hat in diesen zwei Stunden und danach am meisten gefehlt?

Verschiedenes. Zum Beispiel fehlten uns Beatmungsgeräte, und in manchen Zentren hatten wir sogar irgendwann zu wenig Spritzen, weil so viele Opfer zu versorgen waren. In manchen Zentren fehlte auch Atropin. Wegen des Ausmaßes der Katastrophe waren wir auf Freiwillige angewiesen, die ihr Leben riskierten, um medizinische Ausrüstung zu den provisorischen Hospitälern zu bringen. Sie können sich das Grauen in dieser Nacht gar nicht vorstellen.

Was war der Grund für die Knappheit medizinischer Ausrüstung – neben der hohen Zahl der Opfer?

Als die Angriffe stattfanden, lebte Ost-Ghuta schon seit über zehn Monaten unter der Belagerung. Sie begann im Oktober 2012. Seitdem war das ganze Gebiet ohne Strom und Wasser. 2013 ließ das Regime wieder einige Nahrungsmittel herein, aber es war sehr schwierig, an Medikamente und medizinische Ausrüstung zu kommen. Vor den Angriffen im August haben wir Szenarien durchgespielt, in denen 300 Verletzte gleichzeitig behandelt werden mussten. Wir waren uns nicht sicher, ob es auch zu mehr als 300 Verletzten kommen könnte. Im August waren es dann Tausende.

Sie haben gerade gesagt, dass es schwierig war, medizinisches Material durch den Belagerungsring zu bekommen. Wie haben Sie es dennoch geschafft? Haben Sie es geschmuggelt? Oder hatten Sie eine Übereinkunft mit dem Regime und den irakischen und iranischen Milizen, die die Belagerung aufrechterhalten?

Nein, das Regime würde nie etwas Derartigem zustimmen. Wenn du medizinische Ausrüstung schmuggelst und das Regime erwischt dich dabei, dann wirst du noch brutaler behandelt, als wenn du Waffen geschmuggelt hättest. Das Regime weiß sehr gut, dass unsere medizinische Arbeit ganz wesentlich dazu beiträgt, dass die belagerten Menschen durchhalten. Wir schmuggeln medizinische Güter auf schwierigen und extrem gefährlichen Wegen. Deshalb sind manche Dinge sehr rar geworden und die Preise extrem gestiegen. Dazu kommt, dass die Einwohnerzahl Ost-Ghoutas recht hoch ist. Im August 2013 waren es über eine Million.

Und jetzt sind es 700 000, habe ich gehört?

Ja, ungefähr.

Sind die Leute leicht durch den Belagerungsring gekommen?

Ein Übergang in Harasta wurde geöffnet. Der Syrische Rote Halbmond hat die Evakuierung speziell für Familien organisiert, die besonders betroffen sind, zum Beispiel durch Krankheitsfälle. Ein anderer Weg, um herauszukommen, ist Bestechung. Und es gibt einen dritten, sehr gefährlichen Weg: durch Tunnel kriechen oder durch Minenfelder laufen.

So sinkt die Bevölkerungszahl allmählich durch diese drei Wege. Übrigens, die Leute fliehen nicht wegen der Bombardierungen. Sogar nach den Giftgasangriffen wollten die meisten nicht fliehen. Nein, was das Leben wirklich fast unerträglich macht, ist die Belagerung. Die Belagerung zehrt an unseren Kräften. Selbst alltägliche Dinge sind so schwer zu bekommen. Ich habe ein Kind, und ich konnte keine Babymilch kaufen. Es geht nicht um arm oder reich – die Sachen sind einfach nicht zu haben. Ghouta war eine reiche Gegend mit viel Landwirtschaft, Industrie, Handel und Tourismus, aber plötzlich kommen alle wesentlichen Dinge nicht mehr rein. Zum

Beispiel Brot: Wir mussten Brot aus Soja-Tierfutter herstellen. Taschenlampen können wir nicht mehr benutzen, weil wir keine Batterien haben.

Wie beurteilen Sie die internationale Unterstützung in den zwei Jahren der Belagerung?

Internationale Organisationen wollen aus Sicherheitsgründen kein Geld schicken. Aber wie sollen wir unter der Belagerung überleben?

Lokale Organisationen haben uns drei Jahre lang unterstützt. Aber jetzt sind den Geldgebern dieser Organisationen die Mittel ausgegangen. Außerdem sind die Ausgaben in die Höhe geschossen. Ein medizinisches Zentrum, das vorher 10 000 Dollar im Monat brauchte, braucht jetzt 30 000 oder sogar 40 000 Dollar. Wir haben kein Benzin. Wir brauchen aber Benzin, um Strom zu produzieren. Wir können es nur schmuggeln, und dann ist es teuer. Die lokalen Organisationen sind daher nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das sind syrische Organisationen, die bekommen nur wenig Unterstützung. Und die internationalen Organisationen helfen uns nicht.

Zum Beispiel das Internationale Rote Kreuz: Was haben die in Ost-Ghouta erreicht? Nichts. Die UN? Sie kamen drei Mal nach Ost-Ghouta, und sie konnten nicht einmal ein Prozent des Bedarfs der Bewohner decken. Die UN-Visiten waren mehr symbolischer Art – damit sie der Welt erzählen konnten, sie arbeiten dort, was überhaupt nicht stimmt. Lokale NGOs organisieren ihre Arbeit nicht gerade effektiv, das ist problematisch. Aber internationale NGOs behandeln uns wie eine andere Spezies, die nicht unbedingt leben muss.

Was erwarten Sie von den USA und Europa?

Es ist klar, dass diese Länder nur handeln, wenn es in ihrem Interesse ist. Diese Länder definieren rote Linien für das Regime, das diese Linien eine nach der anderen überschritten hat, und sie haben nicht gehandelt. Es sind nur wohlfeile Reden im Fernsehen. Das hat die Revolution von ihrem ursprünglichen Pfad abgebracht. Wir erwarten von keiner Regierung auf der Welt irgendetwas.

Und von den Menschen?

Den Menschen, die die syrische Krise verfolgen und die sehen, welche Menschenrechtsverletzungen das Regime begeht, möchte ich sagen: Was jetzt in Ost-Ghouta passiert, kann überall passieren, in Frankreich, den USA oder sonstwo. Ich denke, die meisten Menschen auf der Welt fühlen mit uns als menschliche Wesen, auch wenn sie einen anderen Glauben oder andere politische Ansichten haben. Und ich denke, sie lehnen das ab, was mit uns geschieht.

Sie waren dem Giftgas nicht direkt ausgesetzt, aber Sie waren Augenzeuge, und Ihre Aufgabe war es, auf die Folgen zu reagieren. Nun leben Sie in einem anderen Land. Haben die Angriffe und die Belagerung für Sie Nachwirkungen, auch psychischer Art?

Körperlich nicht. Ich war sehr dünn, als ich Ghouta verließ, aber ich konnte mich schnell erholen, innerhalb von ein bis zwei Monaten. Psychisch haben wir sicherlich alle Spätfolgen. Die Belagerung wirkt vor allem auf die Psyche. Wir haben schreckliche Erlebnisse hinter uns. Egal, wieviel wir darüber reden, es reicht nicht.

Meine Familie und ich, wir geraten jedes Mal in Panik, wenn wir Donner hören oder es irgendwo kracht. Auch wenn wir ein Flugzeug hören, verfallen wir in Panik. Manche Leute können nicht mehr lachen oder sogar nicht mehr weinen. Können Sie sich vorstellen, dass es Leute gibt, die nicht mehr weinen können? Das ist ein großes Problem.

Die Initiatoren dieser Kampagne eint die Überzeugung, dass die Diktatur in Syrien gestürzt werden muss. Solange sich Assad an der Macht hält, gestützt von seinen Verbündeten Iran, Russland und Hizbollah, wird es weder in Syrien noch in der Region zu positiven Veränderungen

kommen. Wir hatten gehofft, dass in Syrien friedliche Proteste und Demonstrationen zu einem Ende des Assad-Regimes führen würden. Das Regime aber entschied sich, mit äußerster Brutalität gegen die Protestierenden vorzugehen. So kam es zu einer Militarisierung des Aufstandes, die in den anhaltenden Bürgerkrieg mündete. Die wenige Solidarität, die es mit den Syrern gibt, konzentriert sich auf humanitäre Hilfe und die Unterstützung gewaltloser Organisationen. Auch wenn wir diese Unterstützung begrüßen, denken wir doch, dass ihre Koppelung an Gewaltfreiheit schon lange an der Realität in Syrien vorbeigeht. Auch wenn uns der Wunsch eint, dass Krieg und Gewalt endlich ein Ende finden mögen, so müssen wir doch anerkennen, dass die Gruppen und Komitees, die sich für eine demokratische Zukunft Syriens einsetzen, mittlerweile keine andere Wahl haben, als auch zu militärischen Mitteln zu greifen. Deswegen unterstützen wir mit Spenden die demokratischen Rebellenfraktionen in ihrem Kampf gegen das Assad-Regime und die Islamisten.